

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2021

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
Rat der EU: Keine Einigung über EU-Kinderrechtsstrategie .....	1
AdR: Stellungnahmen für die Rechte von Kindern und LGBTQI-Personen .....	1
EU-Kommission: Europäisches Jahr der Jugend und EU-Jugendbericht .....	1
Rat der EU: Europäisches Semester mit Fokus auf Soziales und Gleichstellung .....	2
EuGH: Urteil zur Istanbul-Konvention .....	2
EU-Kommission: Konsultation zu Programmen für Beschäftigung und soziale Innovation .....	3
EU-Kommission: Initiative zur Europäischen Bevölkerungsstatistik .....	3
EU-Kommission: Erste Europäische Strategie gegen Antisemitismus .....	3
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>3</b>
Frankreich: Tag der pflegenden Angehörigen .....	3
Griechenland: Programm zur Unterstützung von Familien mit Kindern mit Behinderungen .....	4
Spanien: Armut und soziale Exklusion stark angestiegen .....	4
Spanien: Studie zu Kinderreichen Familien .....	4
Schweiz: Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament zur Pflegeinitiative.....	4
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>5</b>
UN-Menschenrechtsrat: Beschluss zu den Rechten älterer Menschen.....	5
UN: Aufruf zu Input über künstliche Intelligenz und Rechte von Menschen mit Behinderungen .....	5
EU Alliance for Investing in Children: Empfehlungen zur EU-Kindergarantie.....	5
Initiativen zur politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen .....	6
Internationaler Tag des Mädchens .....	6
BEUC fordert EU-Regelungen gegen Vermarktung ungesunder Lebensmittel für Kinder.....	6
Umfrage zur Langzeitpflege .....	7
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>7</b>
EU-Kommission: Bericht über Auswirkungen der Pandemie auf frühkindliche Bildung.....	7
ILO: Datenbank zu Arbeitsmarktpolitik und Strategien für einen inklusiven Wiederaufbau .....	7
EPIC: Vergleich der Gestaltung von Schulmahlzeiten in der EU.....	8
Population Europe: Bericht zur Funktion des Wohlfahrtsstaats im Lebensverlauf .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>8</b>

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### Rat der EU: Keine Einigung über EU-Kinderrechtsstrategie

Die Justizminister:innen der Mitgliedstaaten konnten im Rat der EU keine Einigung für gemeinsame Schlussfolgerungen zur EU-Kinderrechtsstrategie erzielen. Polen und Ungarn sprach ein Veto gegen die Strategie aus, da sie aus Perspektive der polnischen Minister:innen der Förderung der LGBT-Gemeinschaft diene und eine Politik vorantreibe, die polnische Vertreter:innen als Gender-Ideologie bezeichneten. Sie verletze Kinderrechte, da Kinder das Recht hätten, in einer Familie mit Mutter und Vater aufzuwachsen.

Als Reaktion hat ein Bündnis von Familien-, Kinderrechts- und weiteren Organisationen ein Statement veröffentlicht, in dem die Annahme und Implementierung der EU-Kinderrechtsstrategie gefordert wird. Die Arbeitsgruppe des EU-Parlaments für Kinderrechte (Child Rights Intergroup) wertet das Veto als Verletzung der EU-Grundrechtecharta. Sie ruft die Kommission dazu auf, für die Achtung von Menschenrechten und EU-Recht durch alle Mitgliedstaaten einzustehen. Eurochild verweist zudem darauf, dass alle EU-Mitgliedstaaten die UN-Konvention über die Rechte des Kindes unterzeichnet und sich damit der Umsetzung aller Kinderrechte verpflichtet haben.

- [Gemeinsame Stellungnahme von Familien-, Kinderrechts- und weiteren Organisationen](#)  
- [Child Rights Intergroup: Aufruf an die Kommission zur Durchsetzung der EU-Grundrechtecharta](#) 
- [Eurochild: Stellungnahme zum Veto gegen die EU-Kinderrechtsstrategie](#) 

### AdR: Stellungnahmen für die Rechte von Kindern und LGBTIQ-Personen

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) hat eine Stellungnahme veröffentlicht, in der seine Unterstützung für die EU-Strategie für die Rechte des Kindes und die Europäische Kindergarantie bekundet wird. Darüber hinaus wird betont, dass regionale und kommunale Institutionen für die Umsetzung der Programme eine wichtige Rolle spielen und in die Implementierung einbezogen werden müssen. Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, die wirksame Umsetzung von Kinderrechten ausreichend finanziell zu unterstützen. Die EU und die Mitgliedstaaten müssten zwischen allen politischen Ebenen gut koordinieren, um diese Ziele der EU-Strategie zu erreichen.

Auch für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für die Jahre 2020-2025 hat der Ausschuss der Regionen eine Stellungnahme erarbeitet. Darin wird auf die Grundrechtecharta der EU verwiesen, aus der sich die Pflicht zur Bekämpfung von Diskriminierung ergebe. Der AdR verweist darauf, dass in einigen Mitgliedstaaten die Diskriminierung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten wieder zugenommen habe. Bei der Bekämpfung der Diskriminierung sei die regionale und kommunale Ebene besonders entscheidend, da der persönliche Kontakt von Politiker:innen und Initiativen mit der Bevölkerung hier eine wichtige Rolle spiele.

- [AdR: Stellungnahme zur EU-Strategie für die Rechte des Kindes und Europäische Kindergarantie](#)
- [AdR: Stellungnahme zur Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025](#)

### EU-Kommission: Europäisches Jahr der Jugend und EU-Jugendbericht

Die EU-Kommission hat das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend vorgeschlagen. Junge Europäer:innen sollen dabei unterstützt werden, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln und den ökologischen und digitalen Wandel mitzugestalten. Die Generation Jugendlicher und junger Erwachsene habe in Bezug auf Bildung und die



psychosoziale Situation besonders unter der Pandemie gelitten. Nun müssten alle jungen Menschen motiviert und unterstützt werden, ihre Chancen zu ergreifen und politisch zu partizipieren – insbesondere junge Menschen aus benachteiligten Gruppen. Das Europäische Jahr der Jugend soll mit dem Programm NextGenerationEU und der Konferenz zur Zukunft Europas zusammenarbeiten, um berufliche Weiterentwicklung und politische Partizipation zu fördern. Die Themen Europäischen Jahre werden jeweils von der Kommission vorgeschlagen und vom Europäischen Parlament und den Regierungen der EU-Staaten angenommen.

Das Jahr der Jugend wurde auch mit Verweis auf den aktuellen EU-Jugendbericht angekündigt. Darin zeige sich, dass sich die Bildungs- und Beschäftigungsaussichten sowie die psychische Gesundheit junger Menschen durch die Pandemie deutlich verschlechtert haben. Besonders junge Menschen mit geringer Bildung oder sozioökonomischen Nachteilen müssten besser von der Jugendarbeit erreicht werden. Die EU-Kommission hat eine Umfrage gestartet, in der sie junge Menschen zu ihren Vorschlägen und Wünschen für das Europäische Jahr der Jugend befragt.

- [EU-Jugendbericht](#) 
- [Umfrage zum Europäischen Jahr der Jugend 2022](#) 

### Rat der EU: Europäisches Semester mit Fokus auf Soziales und Gleichstellung

Der Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz hat darüber beraten, wie die Rückkehr zum gewöhnlichen Ablauf des Europäischen Semesters gestaltet werden soll. Das Europäische Semester ist der Prozess der Abstimmung europäischer Wirtschafts-, Arbeits-, Fiskal- und Sozialpolitik. Er wurde während der Coronakrise ausgesetzt, da die Aufbau- und Resilienzpläne der Mitgliedstaaten in dieser Situation priorisiert wurden. Jetzt fordern die Minister:innen eine baldige Rückkehr zum üblichen Verfahren, das Länderberichte zur wirtschaftlichen Entwicklung und Empfehlungen für die Mitgliedstaaten beinhaltet. Allerdings solle der soziale Zusammenhalt bei der wirtschaftlichen Erholung berücksichtigt werden, indem soziale und beschäftigungspolitische Aspekte in den Semesterprozess 2022 einfließen. Zudem soll die Europäische Säule sozialer Rechte in das Europäische Semester integriert werden.

- [Ausschuss für Sozialschutz: Zentrale soziale Herausforderungen](#) 
- [Beschäftigungsausschuss: Vorrangige Herausforderungen im Beschäftigungsbereich](#) 

### EuGH: Urteil zur Istanbul-Konvention

Der Europäische Gerichtshof hat geurteilt, dass die EU die Istanbul-Konvention auch ohne eine einstimmige Entscheidung aller Mitgliedstaaten ratifizieren kann. Das Übereinkommen zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt wurde im Jahr 2011 vom Europarat erarbeitet und von der EU im Jahr 2017 unterzeichnet. Die Unterzeichnung der Konvention verpflichtet zu Maßnahmen der Gewaltprävention, des Opferschutzes und der Strafverfolgung von Täter:innen. Einige dieser Maßnahmen fallen in die Zuständigkeit der EU und andere in die der Mitgliedstaaten. Das EU-Parlament hatte daher beim EuGH angefragt, ob in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, eine einstimmige Entscheidung aller Mitgliedstaaten notwendig ist. Der EuGH verneinte dies, da es ein Abschlussverfahren im EU-Recht gibt, das den Beschluss von Abkommen wie der Istanbul-Konvention regelt. Dieses EU-Verfahren dürfe nicht von der Entscheidung einzelner Mitgliedstaaten blockiert werden.

## EU-Kommission: Konsultation zu Programmen für Beschäftigung und soziale Innovation

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Evaluation der Programme für Beschäftigung und soziale Innovation (Employment and Social Innovation Programm EaSI) gestartet. Bürger:innen, staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen, Forschungsinstitutionen und Unternehmen sind aufgerufen, bis zum 28. Dezember Feedback über die Wirkung der Programme abzugeben. Das Programm EaSI wurde von 2014 bis 2020 durchgeführt. Es sollte zur Modernisierung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beitragen, den Arbeitsmarktzugang und die Mobilität von Arbeitnehmer:innen fördern und die Mikrofinanzierung von Sozialunternehmen voranbringen.

- [Öffentliche Konsultation zur Evaluierung von EaSI](#) 

## EU-Kommission: Initiative zur Europäischen Bevölkerungsstatistik

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation über ihren Vorschlag für einen neuen regulatorischen Rahmen für europäische Bevölkerungsstatistiken gestartet. Dieser soll dafür sorgen, dass demografische, Migrations- und Volkszählungsdaten so erhoben und ausgewertet werden, dass sie EU-weit vergleichbar sind. Interessierte Bürger:innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und staatliche Institutionen sind bis zum 23. Dezember aufgerufen, zu dieser Initiative Rückmeldung zu geben.

- [Konsultation zur Europäischen Bevölkerungsstatistik](#)

## EU-Kommission: Erste Europäische Strategie gegen Antisemitismus

Die EU-Kommission hat die erste EU-Strategie gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens in Europa angenommen. Sie beinhaltet die drei Säulen Bekämpfung von Antisemitismus, Schutz und Förderung jüdischen Lebens in der EU sowie Bildung, Forschung und Erinnerung an den Holocaust. Die EU-Strategie soll im Rahmen bestehender EU-Förderprogramme wie dem CERV-Programm für Gleichstellung, Teilhabe und Gewaltprävention, Horizon Europe und Erasmus+ implementiert werden.

- [Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens](#)

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Frankreich: Tag der pflegenden Angehörigen

Seit dem Jahr 2010 wird in Frankreich mit dem Tag der pflegenden Angehörigen am 06. Oktober auf deren Situation aufmerksam gemacht. In Frankreich betreuen 11 Millionen Menschen ihre Angehörigen mit Behinderungen, chronischen Krankheiten oder im Alter in häuslicher Pflege. In diesem Jahr stand die Situation der Pflegenden in der Pandemie im Zentrum des Aktionstags. Die Isolation während der Ausgangsbeschränkungen und die Verantwortung, vorerkrankte Angehörige nicht anzustecken, habe ihre psychische Gesundheit besonders belastet. Insbesondere für jüngere pflegende Angehörige sei die Pandemie eine Herausforderung gewesen. Die 500.000 jungen Pflegenden bekämen in der Öffentlichkeit nicht ausreichend Aufmerksamkeit. Insgesamt müssten die Lebenslagen und Anliegen pflegender Angehöriger sozialpolitisch mehr Beachtung finden.

## Griechenland: Programm zur Unterstützung von Familien mit Kindern mit Behinderungen

In Griechenland unterstützt die European Association of Service Providers for Persons with Disabilities (ESAPD) den Prozess der De-Institutionalisierung von Kindern mit Behinderungen. Durch diesen Übergang von ihrer Unterbringung in Pflegeinstitutionen zum Zusammenleben in Familien oder Wohngemeinschaften entsteht ein Bedarf an Hilfen zur Erziehung bei Familien mit Kindern mit Behinderungen. Die ESAPD hat bereits von 2019 bis 2021 die Implementierung der De-Institutionalisierungsstrategie Griechenlands begleitet. An diese Zusammenarbeit schließt das neue Programm zu frühkindlichen Interventionen in Familien an. Es umfasst eine Beurteilung bestehender Angebote in diesem Bereich, die Weiterbildung griechischer Anbieter sozialer Dienste, die Erarbeitung eines Aktionsplans mit rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für familienzentrierte frühkindliche Interventionen und eine Kampagne, um die Bevölkerung über das Thema zu informieren.

## Spanien: Armut und soziale Exklusion stark angestiegen

Die Caritas Spanien hat einen Bericht über die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf Armut und soziale Ungleichheit in Spanien veröffentlicht. Demnach lebten im Jahr 2020 sechs Millionen Menschen in Spanien in extremer Armut und elf Millionen in einer Situation sozialer Ausgrenzung, ca. 22 Prozent mehr als im Jahr 2018. Nur vier von zehn spanischen Haushalten seien derzeit sozial und wirtschaftlich in die Gesellschaft integriert. Von Exklusion betroffene Haushalte hätten Probleme, für Miete und Heizen und eine ausreichende Ernährung aufzukommen. Die Pandemie habe den Trend zu einer Gesellschaft mit großen Ungleichheiten noch verstärkt und eine stärkere Verbreitung von Exklusion und prekären Lebenslagen bewirkt.

## Spanien: Studie zu Kinderreichen Familien

Der spanische Verband kinderreicher Familien hat eine Studie zur Situation großer kinderreicher Familien in Spanien nach der akuten Phase der Pandemie herausgegeben. Die größte Belastung für Eltern kinderreicher Familien in der akuten Phase der Covid-19 Pandemie war demnach das Gefühl, familiäre und berufliche Verpflichtungen nicht ausreichend erfüllen zu können. Über 50 Prozent der Befragten einer Studie des spanischen Verbands kinderreicher Familien zu ihrer Situation in der Pandemie machten diese Angabe. Knapp die Hälfte der 1.800 Befragten sind der Meinung, dass die Möglichkeit einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung ihnen bei dieser Herausforderung helfen würde. Rund 40 Prozent wünschen sich reduzierte Arbeitszeiten mit finanziellem Ausgleich durch staatliche Unterstützung. Dagegen gaben nur knapp über 20 Prozent ein verringertes Einkommen und 23 Prozent die Angst, sich selbst oder Familienmitglieder anzustecken, als Belastung an.

## Schweiz: Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament zur Pflegeinitiative

Der Bundesrat und das Parlament der Schweiz haben einen indirekten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative erarbeitet. Die Volksinitiative für eine qualitativ hochwertige Pflege für alle Menschen in der Schweiz hatte die notwendigen 100.000 Unterschriften stimmberechtigter Schweizer:innen erreicht und muss damit den Bürger:innen in einer Volksabstimmung zur Entscheidung vorgelegt werden. Darin wird gefordert, dass Bund und Kantone die Pflege stärker als zentralen Pfeiler der Gesundheitsversorgung anerkennen und entsprechend fördern. Außerdem solle die Pflegequalität mit Investitionen in die Aus- und Weiterbildung gesichert werden. Dazu werden auch verbindliche Regelungen zu den Arbeitsbedingungen und zur Bezahlung gefordert. Bundesrat und Parlament haben nun einen Gegenvorschlag erarbeitet, da sie diese Forderungen als zu weitreichend einstufen, mit der sie den beruflichen Nachwuchs im Pflegebereich mit einer Ausbildungsinitiative fördern wollen. Wird ein sogenannter

indirekter Gegenvorschlag erarbeitet, so gilt die vom Bundesrat und Parlament vorgeschlagene Alternative automatisch als angenommen, wenn der Vorschlag der Volksinitiative in der Volksabstimmung abgelehnt wird.

## Weitere Nachrichten

### UN-Menschenrechtsrat: Beschluss zu den Rechten älterer Menschen

Der UN-Menschenrechtsrat hat erstmalig einen eigenen Beschluss zu den Menschenrechten älterer Menschen verabschiedet. Darin wird auf die Benachteiligungen Älterer bei der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe verwiesen. Ältere müssten außerdem wirksam gegen Gewalt und Vernachlässigung geschützt und ihr gleichberechtigter Zugang zu Wohnen, Nahrung und medizinischer Versorgung sichergestellt werden. Alle Staaten werden aufgerufen, politische Strategien gegen die Diskriminierung Älterer zu entwerfen und die volle Wahrung der Menschenrechte für Menschen aller Altersgruppen zu garantieren. Außerdem müsse die Zivilgesellschaft für Altersdiskriminierung in allen ihren Formen wie Vorurteilen gegen Ältere sensibilisiert werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen für die Rechte Älterer fordern seit Längerem den besseren Schutz Älterer vor Menschenrechtsverletzungen durch eine eigene UN-Konvention für die Rechte älterer Menschen (s. [EuropaNews 04/2021](#)).

- [UN-Menschenrechtsrat: Resolution zu den Rechten älterer Menschen](#)  

### UN: Aufruf zu Input über künstliche Intelligenz und Rechte von Menschen mit Behinderungen

Der UN-Sonderbeauftragte für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ruft dazu auf, Beiträge für seinen Bericht über Künstliche Intelligenz und die Rechte von Menschen mit Behinderungen einzureichen. Dazu stehen bis zum 03. November drei Fragebögen für staatliche Institutionen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Wirtschaftsunternehmen bzw. akademische Institutionen bereit. Auch Beiträge von Einzelpersonen sind erwünscht. Der geplante Bericht wird einen Überblick der Entwicklungen künstlicher Intelligenz beinhalten, die das Potenzial hat, die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Es sollen Maßnahmen identifiziert werden, wie diese Möglichkeiten umgesetzt werden können. Abschließend sollen Kriterien zur Evaluierung der Fortschritte bereitgestellt werden.

- [Aufruf zum Input über KI und die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#) 

### EU Alliance for Investing in Children: Empfehlungen zur EU-Kindergarantie

Die EU Alliance for Investing in Children betont in einer aktuellen Publikation die Bedeutung der EU-Kindergarantie für den Schutz von Kindern vor Armut und sozialer Exklusion. Sie gibt Empfehlungen ab, wie Institutionen der Mitgliedstaaten Aktionspläne für ihre Umsetzung planen sollten, um die Garantie wirksam zu implementieren. Mitgliedstaaten sollten die Gruppen von Kindern und Jugendlichen identifizieren, die ein besonders hohes Risiko für Armut und soziale Exklusion haben und gezielte Maßnahmen planen, die diese Gruppen junger Menschen erreichen können. Programme sollten mit einem umfassenden Ansatz geplant werden, der die Lebenssituation der gesamten Familie und die Unterstützung der Eltern umfasst. Für die Implementierung sollten messbare Ziele definiert werden, um den Fortschritt überprüfen zu können. Dazu sei es auch notwendig, umfassende Daten über

vulnerable Bevölkerungsgruppen zu sammeln. Die Kindergarantie sollte im Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, Kindern und Eltern umgesetzt werden.

- [EPiC statement on the drafting of the Child Guarantee national action plans](#)  

### Initiativen zur politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Die Organisation Eurochild und das Projekt EU-Jugenddialog fördern die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Eurochild hat dazu kindgerechte Informationen über die Konferenz zur Zukunft Europas herausgegeben. Darin werden Ziel und Ablauf der Konferenz erklärt und wie Kinder und Jugendliche daran teilnehmen können. Mit dem Jugenddialog können sich Jugendliche in Deutschland an der Umsetzung der EU Youth Goals beteiligen. Die Youth Goals sind Bestandteil der EU-Jugendstrategie 2019-2027 und werden in den Mitgliedstaaten von den Dachverbänden der Jugendorganisationen umgesetzt. Junge Menschen können im Rahmen des Jugenddialogs mit Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung über ihre politischen Anliegen sprechen. Der Jugenddialog ist in Zyklen organisiert, in denen sich je einem Thema der Youth Goals für 18 Monate gewidmet wird. Die Perspektiven junger Menschen werden in der EU-Jugendkonferenz abgestimmt, deren Ergebnisse an den Rat der EU übermittelt werden.

- [Eurochild: Kindgerechte Informationen über die Konferenz zur Zukunft Europas](#)  
- [Der EU-Jugenddialog](#)

### Internationaler Tag des Mädchens

Im Jahr 2011 hat die UN den 11. Oktober zum Welt-Mädchentag erklärt. Er soll auf die Probleme und Bedürfnisse von Mädchen weltweit aufmerksam machen. Zwar gebe es bereits einen Welt-Kindertag und einen Welt-Frauentag, die spezielle Diskriminierung von Mädchen müsse jedoch gesondert betrachtet werden. Anlässlich des Tages verweisen zivilgesellschaftliche Organisationen auf die Herausforderungen für umfassende Gleichberechtigung von Mädchen. Die European Women's Lobby (EWL) macht auf ihre Initiativen gegen sexuelle Ausbeutung und Zwangsprostitution von Mädchen und für eine feministische Sexualerziehung aufmerksam. Die Organisation ADRA setzt sich für Bildung und gegen Armut von Kindern weltweit ein. Sie weist anlässlich des Welt-Mädchentags darauf hin, dass weltweit 131 Millionen Mädchen nicht zur Schule gehen und Mädchen 1,5 mal häufiger nicht die Grundschule abschließen als Jungen.

- [International day of the girl-child: EWL's commitment to empower and uplift girls](#) 
- [ADRA: Better world? Only with educated girls](#) 

### BEUC fordert EU-Regelungen gegen Vermarktung ungesunder Lebensmittel für Kinder

Der Europäische Verbraucherverband (Bureau Européen des Unions de Consommateurs, BEUC) vertritt die Einschätzung, dass die freiwilligen Regeln der Lebensmittelindustrie zur Einschränkung von Vermarktung bestimmter Lebensmittel für Kinder nicht ausreichend sind. Der Dachverband hat mit zehn Mitgliedsorganisationen aus dem Bereich Verbraucherschutz und in Kooperation mit der Universität Liverpool untersucht, wie der freiwillige Mechanismus der Lebensmittelindustrie – der sogenannte EU-Pledge – funktioniert. Der BEUC kritisiert, dass die Kriterien nicht streng genug sind, nach denen Produkte als gesundheitlich akzeptabel beurteilt werden. Insgesamt seien die freiwilligen Regelungen der Lebensmittelindustrie nicht nachvollziehbar und nicht konsistent, die Verfahren zu langsam und zu intransparent. Der BEUC fordert eine politische Regulierung und schlägt vor, Online-

Werbung für ungesunde Lebensmittel vollkommen von Webseiten und sozialen Netzwerken zu entfernen. Für die Fernsehwerbung sollten Beschränkungen der Uhrzeiten eingeführt werden. Außerdem sollte die Gestaltung von Verpackungen mit Comics, Markenmaskottchen und weiteren gestalterischen Elementen, die gezielt Kinder ansprechen sollen, verboten werden.

- [BEUC: Food Marketing to Children Needs Rules with Teeth](#)  

## Umfrage zur Langzeitpflege

Das Projekt InCare hat eine Umfrage zur Langzeitpflege älterer Menschen gestartet. Darin werden persönliche Erfahrungen und Einstellungen sowie eine Beurteilung der vorhandenen Strukturen erfragt. Das Projekt setzt sich für innovative und ganzheitliche Ansätze in der Langzeitpflege ein. Die Umfrage soll Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse pflegebedürftiger Älterer und ihrer Familien erzeugen und aufzeigen, wie Pflegepolitik so gestaltet werden kann, dass sie Pflegebedürftige und ihre Familien unterstützt.

- [InCARE Umfrage über Erfahrungen, Einstellungen und Erwartungen zur Langzeitpflege](#)

## Berichte und Studien

---

### EU-Kommission: Bericht über Auswirkungen der Pandemie auf frühkindliche Bildung

Die EU-Kommission hat einen Bericht über frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung während der Covid-19 Pandemie veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass unter den Belastungen der Pandemie die Angebote der frühkindlichen Bildung häufig auf die Kinderbetreuung reduziert wurden. Aspekte der Betreuung, wie Sprachförderung und der Erwerb sozialer Kompetenzen sowie gemeinsame Mahlzeiten in den Kantinen konnten häufig nicht im üblichen Umfang stattfinden. Viele Einrichtungen hätten von den zuständigen Behörden keine ausreichenden Informationen über Sicherheits- und Hygienekonzepte erhalten. In der Pandemie hätten sich zudem Probleme der Mitarbeiter:innen verstärkt, die bereits vorher bestanden haben. Dazu zählen eine hohe Arbeitsbelastung, Unterbesetzung und Stress. Neu hinzu kamen gesundheitliche Risiken für Mitarbeiter:innen und fehlende Handlungssicherheit im Umgang mit der Pandemie.

- [Early childhood education and care and the Covid-19 pandemic](#) 

### ILO: Datenbank zu Arbeitsmarktpolitik und Strategien für einen inklusiven Wiederaufbau

Die International Labour Organization (ILO) hat eine Datenbank mit Informationen über verschiedene politische Strategien für mehr Beschäftigung und einen inklusiven wirtschaftlichen Wiederaufbau veröffentlicht. Sie enthält internationale Daten zu verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Feldern und soll so eine vergleichende Perspektive ermöglichen. Die Datenbank kann nach Regionen, Ländern oder speziellen Themenfeldern durchsucht werden. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Strategien zur Jugendbeschäftigung. Basierend auf Beiträgen beteiligter Staaten zur ILO Umfrage über nationale Strategien für die Jugendbeschäftigung wurde eine eigene Datenbank zum Vergleich der politischen Programme speziell für junge Menschen geschaffen.

- [ILO: Datenbank "Employment Policy Gateway"](#) 



## EPIC: Vergleich der Gestaltung von Schulmahlzeiten in der EU

Die European Platform for Investing in Children (EPIC) hat einen Bericht veröffentlicht, in dem staatliche Programme für Schulmahlzeiten in den EU-Mitgliedstaaten verglichen werden. Die häufigsten Ziele von Programmen waren die Bekämpfung von starkem Übergewicht und potenziellen gesundheitlichen Folgen, die Vermittlung von Ernährungswissen und die Unterstützung des Bildungserfolgs. Außerdem werden verschiedene EU-Programme und staatliche Programme vorgestellt und in Bezug auf Ziele, Umfang, Kosten für Familien, einbezogene Lernelemente und Evaluationen verglichen. Es sei eine Herausforderung, verlässliche Daten über die Wirksamkeit der Programme zu sammeln, da keine Kontrollgruppen gebildet werden. Außerdem sei nicht zu erfassen, was die Schüler:innen bei den Mahlzeiten im Rahmen des Programms und außerhalb tatsächlich zu sich nehmen. Es gebe jedoch Hinweise, dass Schulmahlzeiten dazu beitragen können, die Ernährungsunsicherheit von Kindern aus einkommensschwachen Familien zu verringern. Eine Langzeitstudie weise zudem darauf hin, dass Schulmahlzeiten dazu beitragen können, die Erwerbsintegration von Müttern zu verbessern.

- [Provision of school meals across the EU: An overview of rationales, evidence, facilitators and barriers](#) 

## Population Europe: Bericht zur Funktion des Wohlfahrtsstaats im Lebensverlauf

Der aktuelle Population and Policy Brief von Population Europe zeigt, dass die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung stärker zwischen den Generationen als zwischen den sozialen Schichten stattfindet. Soziologisch würden häufig die Unterschiede zwischen den Schichten fokussiert und die ausgleichende Funktion des Wohlfahrtsstaates in dieser Hinsicht als ineffektiv charakterisiert. Beziehe man die Lebensverlaufsperspektive ein, so werde sichtbar, dass Menschen im Laufe ihres Lebens eine begrenzte Produktivität und Ertragskraft haben, die sich auf ihre Lebensmitte konzentriert. Von dieser Lebensmitte verteilt der Wohlfahrtsstaat über Leistungen wie Kindergeld und Renten effektiv zwischen den Generationen um. Im Policy Brief wird daher die Empfehlung formuliert, die Bevölkerungszusammensetzung stärker in Untersuchungen zu Sozialpolitik und Ungleichheiten einzubeziehen. Auch die zukünftige Planung von Sozialpolitik müsse diesen Ausgleich zwischen den Generationen stärker explizit als wohlfahrtsstaatliche Funktion einbeziehen.

- [Welfare states as lifecycle redistribution machines](#)  

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
2. Nov. 2021 Online	<a href="#">Elternschaft als Triebfeder von Geschlechterungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt?</a>	Population Europe
5. Nov. 2021 Online	<a href="#">Demographic theories. Repositioning the discipline at the core of social sciences</a>	Population Europe
9. Nov. 2021 Online	<a href="#">The Child Guarantee. Equal Opportunities for Every Child</a>	Slowenische Präsidentschaft des Rates der EU

12. Nov. 2021 Oslo, Norwegen	<a href="#">Free movement for citizens and the coordination of Social Security: Improving employability and work-life balance?</a>	MoveS der Europäischen Kommission
15. – 16. Nov. 2021 Online & Genf, Schweiz	<a href="#">4th Employment Policy Research Symposium: Employment policies for a job-rich recovery and a better future of work</a>	International Labour Organization
20. Nov. 2021 Kranj, Slowenien	<a href="#">Internationale Konferenz "Empowering persons with disabilities to fully participate in society by increasing their mobility and accessibility"</a>	Slowenische Präsidentschaft des Rates der EU
22. Nov. 2021 Online	<a href="#">Policy and advocacy session on parent-child relationships in the digital era</a>	COFACE
20. Jan. 2022 Freiburg, Schweiz	<a href="#">Fachtagung: Elternbildung - normierte oder differenzierte Eltern?»)</a>	Pro Familia Schweiz
13. Okt. 2022 Ibiza, Spanien	<a href="#">IAFL Introduction to European Family Law Conference</a>	International Academy of Family Lawyers

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

